

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/KVIII, 240

Bonn, den 18. Dezember 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| Seite: | | Zeilen: |
|--------|--|---------|
| 1 | Belohnte Zahigkeit ----- Zum Passierschein-Abkommen in Berlin | 43 |
| 2 | Erich Ollenhauer - Mann des Volkes ----- Abschied von der Stätte seines Wirkens | 47 |
| 3 - 4 | Studienförderung in Österreich ----- Bedeutende Reform des Bildungswesens Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Brants | 60 |
| 5 | Blühender Dauschgiftschmuggel ----- Frotz internationaler Bekämpfung bleibt Gesundheit von Millionen Menschen bedroht Von Bruno Koster, Genf | 51 |

 STAHL IST BROT - BROT IST STAHL
 Die deutsche Entwicklungshilfe in Indien
 Der Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit,
 Schöcherl, hat kürzlich in Begleitung einer Journa-
 listengruppe eine Studien- und Informationsreise nach
 Indien unternommen. Unser Kollege Albert Böhler
 begleitete den Minister. Wir veröffentlichen in Form
 einer Sonderausgabe am Donnerstag, dem 19. Dezember 1963,
 eine Darstellung der bei dieser Reise gewonnenen Ein-
 drücke.
 Die Redaktion

Chefredakteur Günter Markscheffel

Belohnte Zähigkeit

Zum Passierschein-Abkommen in Berlin

sp - Jeder Versuch, das Ergebnis der langen und zähen Verhandlungen über die zeitbegrenzte Gewährung von Passierscheinen für Einwohner Westberlins zum Besuch des Ostsektors politisch zu werten, muß mit der Feststellung beginnen, daß die getroffenen Vereinbarungen nicht den Charakter eines zwischenstaatlichen Abkommens haben. Ausserdem ist daran zu erinnern, daß trotz der verständlichen Freude über das Errichte der unnatürliche, durch den Bau der Ulbricht-Mauer entstandene Zustand in Berlin nicht beseitigt wurde. Man könnte allenfalls von einer vorübergehenden Durchlöcherung der Mauer sprechen, darf dabei aber nicht vergessen, von wem am 13. August 1961 die unmenschliche Situation geschaffen worden ist.

Den Menschen, die jetzt ihre Verwandten besuchen können, dürfte jedoch abstraktes politisches Denken in dieser Situation fern sein. Sie freuen sich über die ihnen nunmehr gebotene Möglichkeit und hoffen sicher, daß auch für später Erleichterungen im Berlinverkehr erreicht werden können.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, hat immer gesagt, er sei bereit, alle erdenklichen Schritte zu tun, durch die den Menschen in Berlin Erleichterungen gegeben werden könnten. Immer hat Brandt auch betont, daß solche Erleichterungen nicht mit der Aufgabe von Rechtsgrundsätzen erkauft werden könnten.

Auch nach Abschluß des Übereinkommens in der Passierscheinfrage ließ Willy Brandt deutlich erkennen, wo die Grenze des Verantwortbaren liegt. Es sind und werden - so meinte Willy Brandt - keine neuen Rechtsverhältnisse geschaffen, und es hat sich am Status von Berlin nichts geändert.

Natürlich hat die östliche Seite versucht, in die Verhandlungen um die Gewährung von Passierscheinen ein Politikum hineinzutragen. Pankow wollte von vornherein eine Legalisierung seiner "Existenz als Staat" durch die Hintertür erreichen und Fragen der staatlichen Anerkennung mit humanitären Problemen vermischen.

Dieser Versuch ist nicht geglückt. Schon jetzt wird in Berlin die Frage gestellt, ob Pankow aus eigenem Erkennen seiner unmöglichen Haltung oder auf Veranlassung von Moskau letzten Endes doch ursprüngliche Versuche, sich "staatsrechtlich" ins Spiel zu bringen, aufgegeben hat. Hierauf zu antworten, ist verfrüht; erst nach dem 5. Januar 1964, dem Tage, an dem die vorübergehend geöffnete Ulbricht-Mauer wieder geschlossen werden soll, dürfte man erkennen, ob Hoffnungen auf weitere menschliche Erleichterungen berechtigt sind oder nicht.

Im Augenblick freuen wir uns mit den Berlinern, die nunmehr wenigstens während der Festtage ihre Verwandten im anderen Teil der Stadt besuchen können. Früh genug werden wir an die politischen Probleme erinnert werden, die auch durch die befristete Ausgabe von Passierscheinen nicht gelöst sind.

Erich Ollenhauer - Mann des Volkes

Abschied von der Stätte seines Wirkens

sp - Die Frauen und Männer, die zu den engsten Mitarbeitern Erich Ollenhauers zählten, brauchen sich ihrer Tränen nicht zu schämen. Sturm, tief bewegt, ihre Gesichter vom Schmerz gekennzeichnet, nehmen sie vor dem, was sterblich an Ollenhauer ist, Abschied.

In gleichen lorbeergeschmückten Sitzungssaal, in dem der verstorbene SPD-Vorsitzende unzählige Verhandlungen führte, so manche Diskussion durch sein vermittelndes Wort glättete, Temperamente zügelte, steht der Sarg, bedeckt mit der Fahne Ferdinand Lassalles des Breslauer Arbeitervereins. Die Majestät des Todes durchdringt den Raum.

Schon einmal bezeugten ergriffene Menschen in dem Hause der Bonner Friedrich Ebert-Allee einem großen Toten ihre Ehrfurcht. Damals, vor 11 Jahren, war es der unvergessliche Kurt Schumacher, der erste Vorsitzende der nach dem Kriege wiedererstandenen Sozialdemokratie. An diesem winterlich verschneiten Dezembertag ist es sein getreuer Paladin und Nachfolger Erich Ollenhauer, dem stürmer Dank und bewegte Trauer gelten.

Man hört kaum ein Wort. Mitglieder des Präsidiums, des Parteivorstandes und die engeren Mitarbeiter halten die Totenwache, unbeweglich in ihrer Haltung. Sie ehren mit ihrem letzten Freundschaftsdienst einen großen Toten, der nie in seinem wechselreichen, von Kampf erfüllten Leben persönliche Feinde hatte, dessen Herz leidenschaftlich für seine Partei, für sein Volk und für den Frieden in der Welt schlug.

Der Besucherstrom nimmt kein Ende, die Flut der Telegramme aus aller Welt hält an. Vor dem Eingang zum schwarz drapierten, mit roten Nelken und Weihnachtssternen überfüllten Vorraum häufen sich die Trauerkränze. Im Kondolenzbuch finden sich die Namen hervorragender Persönlichkeiten aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens, von Bundesministern, Ministerpräsidenten, von Abgeordneten des Bundestages und der Landtage, von Wissenschaftlern, aber auch von ungezählten anderen aus der Masse unseres Volkes.

Erich Ollenhauer war ein Mann des Volkes; Zuneigung und Sympathien flossen ihm in hohem Maße zu. Und alle, die an diesem Tage in dem Hause an der Friedrich Ebert-Allee, dem Erich Ollenhauer den Stempel seiner Persönlichkeit aufdrückte, dem Toten ihre Referenz erweisen, spüren, daß auch sie mit seinem Abgang Unwiderrufliches verloren haben. Wahrlich, der Tränen braucht sich niemand zu schämen. Erich Ollenhauer hinterläßt ein reiches Erbe. Es zu wahren und den Lebenden weiterzugeben, bleibt für uns alle dauernde Verpflichtung.

Studienförderung in Österreich

Bedeutsame Reform des Bildungswesens

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Zumindest in einer Beziehung wird das neue Jahr in Österreich Hoffnungen erfüllen, die man schon seit längerem hegt: Erstmals wird sich die im Gange befindliche, längst schon fällige Reform des Schul- und Hochschulwesens auswirken. Die 1963 beschlossenen neuen Schulgesetze ermöglichen einen unkomplizierten Übertritt von den Pflichtschulen in die höhere Schule und eröffnen damit vielen Begabungen den Weg zur Reifeprüfung und Hochschule, denen dies bisher verschlossen war. Das Kernstück des Reformwerkes zur Erreichung eines höheren Bildungsniveaus bildet aber unzweifelhaft das am 16. Oktober 1963 vom Nationalrat beschlossene Studienförderungsgesetz. Es begründet erstmalig einen Rechtsanspruch auf Stipendien für Hochschüler, sofern zwei Bedingungen erfüllt sind: Bedürftigkeit und Studienerfolg. Die Höhe der Studienbeihilfen beträgt je nach den Einkommensverhältnissen des Studenten oder des jeweils für ihn Unterhaltspflichtigen zwischen 5.000 und 12.000 Schilling pro Jahr. Dafür wird der Staat jährlich eine Summe von rund 50 Millionen Schilling aufzuwenden haben.

Die gesetzliche Verankerung eines solchen Rechtsanspruches entspricht der sozialistischen Auffassung von der Verpflichtung der Gesellschaft gegenüber sozial Schwächeren und steht eigentlich im Widerspruch zum karitativen Almosenprinzip konservativer Vorstellungen. Diese unterschiedliche Auffassung bezüglich des Rechtsanspruches auf Studienbeihilfe war auch der tiefere Grund, weshalb das Gesetz, obwohl textlich bereits fertiggestellt, länger als ein Jahr liegen geblieben ist, ehe es unter massiven Druck der Sozialisten endlich das Parlament passiert hat. Dabei mußten einige Ungereimtheiten in Kauf genommen werden. Den Sozialisten erschien ein mangelhaftes Gesetz auch auf diesem Gebiet immer noch besser als gar kein Gesetz, zumal es hier darum geht, das Bildungsprivileg der Besitzenden zu durchlöchern.

Zu den Mängeln des Studienförderungsgesetzes gehört zum Beispiel, daß die vorgesehene besondere Förderung von Studierenden mit ausgezeichneten Erfolgen der Entscheidung einer eigenen Kommission obliegt, der vor vornherein kein Sozialist angehören wird. Noch bedenklicher aber sind wohl die sozialen Diskriminierungen, die auch in diesem an sich guten Gesetz auf Betreiben der ÖVP enthalten sind.

Kann zum Beispiel jemand sein Studium in der dafür vorgesehenen Zeit nicht abschließen, so darf er nur ein einziges Semester mit Studienbeihilfen länger studieren. Was darüber hinausgeht, kann nach wie vor lediglich von begüterten Eltern bestritten werden. Kindern aus unversittelten Familien wird also auf jeden Fall ein ungleich strengerer Maßstab angelegt.

Geradezu kurios aber sind die gesetzlichen Bestimmungen über die Bemessung der "sozialen Bedürftigkeit". Als Maßstab gilt in der Regel das Bruttoeinkommen des Unterhaltspflichtigen, also etwa des Vaters des Studierenden. Zu seinem steuerpflichtigen Einkommen werden die Steuerfreibeträge, wie sie zum Beispiel ein Landarbeiter bekommt, hinzugerechnet. Hingegen bleiben unberücksichtigt die durch Abschreibung für Investitionen steuerfreien Verdienste selbständiger Unternehmer sowie übrigens auch ein vorhandenes Vermögen unberücksichtigt bleibt.

Kauft sich ein Unternehmer einen Kombiwagen, so kann er gleich im ersten Jahr 80 Prozent des Kaufpreises von der Steuer absetzen und gelangt damit gegebenenfalls unter die Grenze, an der die soziale Bedürftigkeit nach dem Gesetz aufhört. Der Sohn eines "armen" Unternehmers mit solcherart verdecktem Einkommen erhält dann ein Stipendium, das vielleicht dem Sohn eines "reichen" Landarbeiters verwehrt wird.

Noch krasser ist die Ungerechtigkeit bei Vorhandensein von Vermögen, das selbst keinen Ertrag abwirft. Angenommen, die Bilanz einer großen Einzelfirma schließt mit Verlust ab. Trotzdem betragen die Privateinnahmen des Firmeninhabers (auf Kosten des Betriebsvermögens) 100.000 Schilling. Die Familie wohnt in einer schönen Villa, die dem Privatvermögen zugerechnet wird. Die soziale Bedürftigkeit wäre in diesem Falle gegeben und der studierende Sohn bekommt vom Staat jährlich 10.000 Schilling an Stipendien. Vielleicht können dann, wie der Generalsekretär des Bundes Sozialistischer Akademiker, Dr. Franz Skotton, sarkastisch bemerkte, damit gerade die Benzinspesen des eigenen Autos bezahlt werden, mit dem der sozial bedürftige Student zur Hochschule fährt.

Innerhin, trotz all dieser Mängel ist das Studienförderungs-gesetz 1963 ein wichtiger Schritt zur Reform des österreichischen Bildungswesens.

Blühender Rauschgiftschmuggel

Von Bruno Kuster, Genf

Die Bekämpfung des Rauschgiftschmuggels und seiner gesundheitlichen wie auch wirtschaftlichen Auswirkungen kostet die Welt hunderte Millionen Dollar, versichern Sir Harry Greenfield und Professor G. Joachimoglu, die den für die Unterdrückung des Rauschgifthandels zuständigen internationalen Organen vorstehen. In einem Überblick über den gegenwärtigen Stand der Dinge auf diesem düsteren Gebiet halten sich Genugtuung und Unzufriedenheit über die bisherigen Erfolge ungefähr die Waage. Sowohl die Genugtuung als auch die Unzufriedenheit sind durchaus begründet.

Genugtuung

In der internationalen Kontrolle des Handels mit Betäubungsmitteln Jahrzehntlang stand das Opium im Vordergrund - fand die internationale Zusammenarbeit eines ihrer ersten praktischen Tätigkeitsgebiete. Ihre Wirkung kann natürlich von zwei entgegengesetzten Standpunkten aus gemessen und beurteilt werden. Geht man nicht davon aus, daß auch heute noch der verbotene Handel mit Rauschgiften einen bedeutenden Umfang aufweist, sondern überlegt sich einen Augenblick, wo die Menschheit wohl stünde (oder läge!), wenn der Verkauf von Rauschgiften nicht schwieriger wäre als der Absatz alkoholischer Getränke, steigt eine leichte Ahnung dessen auf, was der Menschheit dank der internationalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet erspart geblieben ist.

Eingeweihte Kreise versichern, daß die Rauschgiftsucht unter dem Einfluß der internationalen Kontrolle eindeutig zurückgedrängt werden konnte. Obwohl zuverlässige statistische Angaben über die Zahl der Rauschgiftsuchtigen vor Inkrafttreten der Kontrolle im allgemeinen fehlen, darf als sicher angenommen werden, daß der Verbrauch pro Kopf stark zurückgegangen ist. Ohne internationale Kontrolle und Zusammenarbeit wäre - darüber besteht nicht der geringste Zweifel - das Gegenteil eingetreten.

Unzufriedenheit

Trotz dieser unbestreitbaren Erfolge stellt auch heute noch der illegale Handel für alle Länder eine ernste Gefahr dar; und trotz vereinzelter Schläge gegen die perfekt organisierten Schmugglerbanden ist es noch nicht gelungen, ihnen das Rückgrat zu brechen. Die Rauschgifte bedrohen deshalb auch heute noch die Gesundheit von Millionen Menschen, die hoher Gewinne wegen bedenkenlos geopfert wird. - Es sei unliegsam, erklären die Verantwortlichen internationaler Rauschgiftkontrolle, daß der verbotene Handel in den letzten Jahren keineswegs abgenommen hat. Bestenfalls sei es gelungen, ihn auf seine bisherige Höhe einzudämmen.

Für diesen bedenklichen Zustand sind aber im allgemeinen nicht die Polizeiergane, sondern jene Regierungen verantwortlich, die zwar den Handel, nicht aber die Produktion von Rohopium unterdrücken wollen, um auf diese Weise großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen. So stellt die Versorgung der geheimen Rauschgiftfabriken mit Rohstoffen kein unüberwindliches Problem dar.

Wenn die Bekämpfung der Rauschgiftsucht nicht nur eine Sisyphusarbeit sein, sondern schließlich einmal ihr Ziel erreichen soll, müssen alle Länder dazu gebracht werden, nicht nur den Handel, sondern auch die Produktion der Rohstoffe zu verbieten oder auf das für Heilzwecke benötigte Maß zu beschränken. Dieser absolut notwendige Schritt vorwärts erfordert aber eine Ausdehnung der internationalen Zusammenarbeit: wirtschaftliche Hilfe an die durch die Umstellung betroffenen Länder, die dazu aus eigener Kraft nicht imstande sind.